

Die Entzauberung des Privateigentums

Thomas Piketty ist eine Ausnahmeerscheinung unter den weltweit führenden Ökonomen. Sein 2013 erschienenes Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ erreicht eine Auflage von mehr als zweieinhalb Millionen. Auf der Basis einer Fülle von historischen Daten¹ kritisiert er die zunehmende Ungleichheit der modernen Eigentümergesellschaften.² Sein Werk hat dazu beigetragen, dass es wieder einen sozialen Umverteilungsdiskurs gibt. Nun hat er unter dem Titel „Kapital und Ideologie“³ ein weiteres Buch vorgelegt, das sich als Erweiterung der Arbeit von 2013 versteht. Piketty verweist auf zwei „Begrenzungen“ des vorangegangenen Buches, die er nun überwinden möchte: Den „westlich-zentrierten“ Blick und die Vernachlässigung der ideologisch-politischen Ursachen der Eigentumskonzentration (11). Im neuen Buch behandelt er auch außereuropäische Gesellschaften und beschäftigt sich mit den ideologischen Aspekten der „Eigentümergeinschaft“: Ideologie sei ein „Ensemble von Ideen und Diskursen ... die beschreiben, wie eine Gesellschaft beschaffen sein sollte.“ (16) Jede Gesellschaft müsse „Ungleichheit rechtfertigen“, wobei hinzuzufügen ist, dass man Ungleichheit auch schlicht leugnen kann. Dafür führt er viele Beispiele an: Von der Selbstbeschreibung des nachrevolutionären Frankreich als „Gesellschaft der kleinen Eigentümer“ (184), einer „französischen Heuchelei“ (187) bis zum Gleichheitsversprechen islamischer Länder des mittleren Ostens (477), die tatsächlich extrem ungleich sind.

Kapitalismus, Privateigentum und Ideologie

Wie im Buch von 2013 ist auch dieses Mal viel von Kapital und Kapitalismus die Rede. Kapital ist für Piketty, wie schon Georg Fülberth in der Besprechung des Buches von 2013 hervorgehoben hatte, einfach eine Ansammlung von Vermögen, was es in allen Gesellschaften nach der Urgesellschaft gegeben hat. Trotzdem lässt er den Kapitalismus – richtigerweise – erst im 19. Jahrhundert beginnen: Dass dieser, anders als alle historisch vorangegangenen Gesellschaften, durch den Verwertungs- und Akkumulationszwang des Kapitals gekennzeichnet ist, dass es dieses Zwangsgesetz ist, das den begrifflichen Unterschied zwischen Vermögen und Kapital ausmacht, entgeht ihm. Diese begriffliche Leerstelle kann man tolerieren, so lange es um die empirische Darstellung von Verteilungsverhältnissen geht. Im neuen Buch aber wird auch die Entwicklungsdynamik der modernen Ge-

¹ Beide Bücher referieren nur eine Auswahl von Daten, für einen detaillierten Nachvollzug sei auf die von Piketty mitentwickelte „World Inequality Database“ (<http://WID.world>) verwiesen.

² Georg Fülberth in: Z 100 (Dezember 2014), S. 61 – 68.

³ Thomas Piketty, *Capital et Idéologie*, Editions du Seuil, Paris 2019, 1198 S., 25 Euro. Das Buch wird im März 2020 in deutscher Sprache im Verlag C.H. Beck, München, erscheinen. Die vorliegende Rezension wurde auf der Grundlage des französischen Originals verfasst, die Zitate wurden vom Rezensenten übersetzt. Sie erschien in leicht veränderter Form zuerst in „junge welt“ v. 9.12.2020.

sellschaften behandelt. Neben der wachsenden Ungleichheit gilt für Piketty die Klimakrise als zentrale Herausforderung – wie soll diese verstanden werden, ohne den aus dem Verwertungsdrang des Kapitals resultierenden Akkumulations- und Wachstumszwang in Rechnung zu stellen? Darauf wird weiter unten im Kontext seiner Alternativvorstellungen eingegangen werden.

Gleich am Anfang grenzt er sich vom Marxismus ab, dem er die Behauptung unterstellt, dass „die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse fast mechanisch den ideologischen Überbau einer Gesellschaft bestimmten.“ Damit kritisiert er allerdings nur eine Karikatur des Marxismus.⁴ Er behauptet dagegen „die wirkliche Autonomie der Sphäre der Ideen, d.h. der ideologisch-politischen Sphäre.“ (21) Weiter unten wird deutlich werden, dass er, wenn es konkret wird, die ideologischen Prozesse nicht nur auf Entwicklungen in der Sphäre der Ideen, sondern immer auch auf ökonomische Widersprüche und Interessen bezieht, nicht der einzige Punkt, in dem er sich – im Interesse der historischen Wahrheit – selbst widerlegt.

Die Herausbildung der Eigentümergesellschaft

Das Buch besteht aus vier Teilen. Im ersten Teil geht es um den Übergang von der „dreiständischen“ (ternaire) Gesellschaft (der Begriff Feudalismus taucht nicht auf) zur Eigentümergesellschaft, wobei er Frankreich, Großbritannien und Schweden näher untersucht. Ausgehend vom französischen Beispiel (bekanntlich hat die Einberufung der aus dem Klerus, dem Adel und dem Bürgertum bestehenden Generalstände durch den König die Revolution von 1789 befördert) untersucht Piketty die unterschiedlichen historischen Wege, auf denen die moderne Eigentümergesellschaft die „trifunktionalen“ Gesellschaften abgelöst hat. Die drei Funktionen der religiösen/geistigen Sinngebung, des Kriegerturns und der produktiven Arbeit prägten Piketty zufolge weltweit alle vorkapitalistischen Gesellschaften. Am Ende des Buches räumt Piketty allerdings ein, dass sein Blick auf außereuropäische Gesellschaften immer noch „westlich-zentriert“ ist (1195)⁵. Entsprechen die vier indischen „varnas“ (Brahmanen, Krieger, besitzende Bauern, Arbeiter) noch grob dem französischen Schema, so versagt diese Übertragung im chinesischen Fall. Die Überwindung der „dreiständischen“ Gesellschaften erfolgte in Europa durch Ablösung der politischen Herrschaftsfunktionen vom Eigentum und ihre Übertragung auf den Zentralstaat, was die politische Rolle und Legitimität der obersten Stände untergrub. Ihnen blieb das Eigentum, wobei politische Vorrechte oft (auf dem Wege finanzieller Entschädigung) in Eigentum verwandelt wurden. Die „große Trennung“ (143) zwischen Herrschaft und Eigentum vollzog sich in

⁴ Piketty kennt die einschlägige marxistische Debatte nicht. Friedrich Engels z.B. bezeichnete „die ökonomischen Bedingungen als das in letzter Instanz die geschichtliche Entwicklung Bedingende“ (MEW 39, S. 206) und betont die Wechselwirkung zwischen ideologischer Sphäre und ökonomischen Verhältnissen.

⁵ Dass Piketty dem europäischen Blick verhaftet bleibt zeigt die Tatsache, dass er sich nicht mit dem Eigentumsbegriff auseinandersetzt, obwohl er diesen ständig gebraucht: Privateigentum ist für ihn identisch mit dem vom römischen Recht geprägten unbeschränkten Individualeigentum, eine Form, die global eine Ausnahme darstellt.

Frankreich revolutionär, in anderen Ländern erfolgte sie in einem längeren Prozess. Weil aber herrschaftliche Privilegien in der Regel in Eigentumsrechte verwandelt wurden, beeinflussen die „trifunktionellen“ Gesellschaften noch immer die moderne Welt (125). Im Übrigen vollzog sich dieser Übergang nicht bloß im Reich der Ideen, zentral waren „Massenmobilisierungen“ der Bevölkerung (66), also der Klassenkampf, ein Element der ökonomischen Basis.

Kolonial- und Sklavenhaltergesellschaften

Im zweiten Teil befasst sich Piketty mit den Folgen, die der Zusammenstoß mit dem europäischen Kolonialismus für die außereuropäische Welt hatte. Vor allem seine Darstellung Indiens ist lesenswert (während die Passagen über China und den Iran oberflächlich sind). Er fragt eingangs, warum das indische Kastensystem bis heute überlebte, während die europäischen Standesgesellschaften untergingen. Der Hauptgrund sei die britische Kolonialherrschaft, die die flexiblen und sich ständig wandelnden Systeme von „varnas“ und „jatis“ im Rahmen regelmäßiger Volkszählungen vermischte, festschrieb und hierarchisierte. Hinzu kommen religiöse Einflüsse. Es wird gezeigt, dass die durch die Briten überformte und verfestigte Kastenordnung noch heute die indischen Eigentums-, Einkommens- und Bildungsverhältnisse sowie das Stimmverhalten bei Wahlen prägt (1079). Generell gelte für alle Kolonialgesellschaften, dass dort Einkommen und Vermögen nicht ungleicher verteilt waren als in den Mutterländern: Entscheidend ist die (weiße) Hautfarbe bzw. die (europäische) „Identität“ der Oberschicht (315). Besonders gut kennt Piketty die Geschichte der französischen Kolonien, wobei der Fall von Santo Domingo/Haiti die Kontinuität von Herrschaftsverhältnissen exemplarisch zeigt. Als sich die Sklaven Haitis Ende des 18. Jahrhunderts selbst befreiten, tat sich die französisch-republikanische Kolonialmacht besonders schwer: Die Befreiung der Sklaven und die Unabhängigkeit des Landes brachte den Sklavenhaltern Verluste, für die sie vom französischen Staat Entschädigung forderten. Der aber war nicht gewillt, diese aus eigenen Mitteln aufzubringen. Unter dem Druck einer Kriegsflotte erklärte sich die Regierung Haitis 1825 bereit, Frankreich eine Summe von 150 Millionen Goldfrancs als Entschädigung zu zahlen, damals das Dreifache der haitianischen Jahresproduktion: Das bitterarme Land brauchte 125 Jahre, d.h. bis 1950, um seine ‚Schuld‘ zu begleichen (266). Noch 2004 weigerte sich der französische Präsident Chirac, der Einladung Haitis zum 200jährigen Jubiläum der Unabhängigkeitserklärung zu folgen: Man hatte Angst, dass Haiti die Rückzahlung der auf 20 Milliarden US-Dollar geschätzten unrechtmäßigen Schuld fordern könnte (272).

Die Krise der Eigentümergesellschaften im 20. Jahrhundert

Das Ende der durch ständische Privilegien gekennzeichneten „trifunktionellen“ Gesellschaften und ihr Ersatz durch „Eigentümergeellschaften“ Ende des 18. Jahrhunderts hat die gesellschaftliche Ungleichheit, insbesondere die Konzentration der Vermögen, eher noch gesteigert. Diese Entwicklung hat sich erst im Zeitraum 1910 bis 1980 umgekehrt: So ging der Vermögensanteil des reichsten

Zehntels der Bevölkerung in Frankreich von 80/90 Prozent bis 1980 auf 50 Prozent zurück, fast ausschließlich zugunsten der mittleren Gruppen. Die ärmere Bevölkerungshälfte blieb weiter ohne Vermögen (164). Der Rückgang der Konzentration von Vermögen (und Einkommen) im 20. Jahrhundert war in allen westlichen Gesellschaften zu beobachten. Im dritten Teil des Buches untersucht Piketty die Ursachen dieser Dekonzentration, die vor allem mit der Vernichtung von Privatvermögen (504) zusammenhängt: Zum geringeren Teil war dies den Kriegsfolgen, zum größeren Teil dem Verlust von Auslandsvermögen und von Nationalisierungen geschuldet. Hinzu kamen die Folgen einer verschärften progressiven Besteuerung. „Das Ende der Eigentümergesellschaften war vor allem die Folge politisch-ideologischer Veränderungen. ... Politische Mobilisierungen und Kämpfe spielten dabei eine zentrale Rolle ...“ (547/8). Die Entstehung des sozialistischen Lagers, „die wohl radikalste Herausforderung der Eigentümergesellschaften“ (673) und dessen Einfluss auf den Westen und die Kolonien hatte bei diesen Veränderungen einen großen Anteil.

Der Trend zur Dekonzentration von Vermögen und Einkommen nach 1910 hat sich ab 1980 wieder umgekehrt, es entstanden überall auf der Welt „neoproprietarische“ (821) Gesellschaften. Der „Anstieg der Ungleichheit war mit einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums verbunden“ (760), eine historische Tatsache, die die Anhänger neoliberaler ‚Reformen‘ heute erfolgreich verdrängen. Die Ursachen der Umkehr nach 1980 sind vielfältig, dazu gehören die Niederlage des Kommunismus, die zunehmende Angst vor weiterer Umverteilung und die Globalisierung des Kapital- und Warenverkehrs, was zu einem Steuerwettbewerb nach unten führte. Die Folge waren tiefgreifende politisch-ideologische Veränderungen, was Piketty zufolge aber kein zwangsläufiger Prozess war, sondern mit strategischen Fehlern der Linken zusammenhängt.

Die Verwandlung der Linken

Im Mittelpunkt seines Erklärungsansatzes steht die Verwandlung und der Niedergang der Linken und damit die Marginalisierung jener politischen Positionen, die durch sozialstaatliche Umverteilung und die Beschränkung von Eigentumsrechten der Konzentration von Vermögen, Einkommen und politischer Macht bei einer kleinen Oberschicht entgegenwirken wollten. Darum geht es im vierten Teil des Buches: Wurden die linken Parteien (Piketty differenziert diese nicht) nach dem Zweiten Weltkrieg bis ca. 1980 überwiegend von vermögenslosen Bevölkerungsgruppen gewählt, deren Einkommen und Bildungsabschlüsse niedrig waren, so hat sich dies nach 1980 teilweise umgekehrt: Die „Arbeiterparteien wurden zu Parteien der Diplomierten“ (865). Die Bildungsaufsteiger in den linken Parteien übernahmen das Elitedenken der herrschenden Klassen. Piketty weist diese Veränderung auf der Grundlage reichen empirischen Materials für einige europäische Länder und die USA nach: Während die Wähler mit niedrigeren Bildungsabschlüssen immer weniger für linke Parteien stimmten (zunächst durch Wahlenthaltung), gewannen diese überdurchschnittlich in den hohen und höchsten Bildungsschichten. Die proletarische Linke wurde zur „Brahmanen-Linken“ (878). Diese näherte sich in der Folge politisch der „Wirtschafts-Rechten“ an, wobei die

besitzenden Schichten nach wie vor für konservative Parteien votieren. Es kam zu einer Verbindung zwischen (linken) Bildungs- und (rechten) Vermögenseliten (943). In praktisch allen westlichen Ländern wechselten sich „Brahmanen-Linke“ mit „Wirtschafts-Rechten“ an der Regierung ab bzw. bildeten Koalitionen.⁶ Piketty zeichnet dies detailliert für Frankreich, Großbritannien, Schweden und die USA nach, leider kennt er die deutschen Verhältnisse kaum. Ausführlich beschäftigt er sich mit dem Aufstieg „sozial-nativistischer“⁷, d.h. nationalistischer und fremdenfeindlicher Gruppierungen, die Teile der unteren Einkommens- und Bildungsschichten gewinnen können: Seiner Ansicht nach ist dies die Folge der Verwandlung linker Parteien in Parteien der Bildungselite, von denen sich die unteren Bildungsgruppen nicht mehr vertreten fühlen. Die „sozial-nativistischen“ Parteien seien erst später in das von der Linken gelassene politische Vakuum gestoßen (876), die unteren Bildungsschichten seien keineswegs per se fremdenfeindlicher als andere Gruppen. Die „brahmanischen“ Linksparteien verzichteten (unter dem Druck internationaler Steuerkonkurrenz) auf klassische Umverteilungspolitik und – dies betont Piketty – hörten auf, für ein gerechtes Bildungssystem einzutreten. An Daten aus Frankreich, Großbritannien und den USA zeigt er, in welchem Maße die Bildungspolitik die Oberschichten begünstigt.

Für einen partizipativen Sozialismus

Im letzten Kapitel entwickelt Piketty ein politisches Programm, das – mit Verlaub gesagt – stellenweise etwas selbstgestrickt wirkt. Seine theoretischen Defizite kommen hier voll zum Tragen. Es ist daher auch mitnichten radikal, wie in einigen bürgerlichen Gazetten behauptet wird. Die „Überwindung des Kapitalismus“ nach Piketty ruht auf zwei Pfeilern: Der Mitbestimmung der Beschäftigten in den Unternehmen (unter explizitem Bezug auf das deutsche Beispiel) und der progressiven Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und Einkommen. Das Hauptproblem seien fehlende supranationale Lösungen für eine solche Politik.

Mit diesem Konzept fällt er teilweise noch hinter die katholische Soziallehre zurück. Denn diese weiß (und kritisiert), dass der Profit auch dann „Motor des wirtschaftlichen Fortschritts“ ist, wenn er anders verteilt wird⁸ – was Piketty nicht nachvollziehen kann, weil er die Kategorie des Profits als Steuerungselement der kapitalistischen Wirtschaft nicht kennt. Darum aber geht es bei der Überwindung des Kapitalismus: Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung vom Zwangsgesetz der Kapitalverwertung zu befreien. Diesem muss (bei Strafe des Untergangs) auch ein mitbestimmtes Unternehmen gehorchen, wie u.a. die Geschichte der deutschen Mitbestimmung zeigt. Das macht Pikettys Reformstrategie nicht falsch, insbesondere sein Steuerkonzept sei der Aufmerk-

⁶ Macrons Bewegung „La République en marche“ ist der Prototyp einer solchen Koalition.

⁷ Der Begriff „Nativismus“ kommt aus der Psychologie, Piketty möchte wohl die Bezeichnung ‚sozial-nationalistisch‘, die treffender wäre, vermeiden. Den Begriff des Populismus lehnt er aus guten Gründen ab.

⁸ Enzyklika „Populorum progressio“, 1967.

samkeit jeder linken Partei und Gewerkschaft empfohlen. Allerdings beseitigt dies nicht den Kapitalismus, der immanente Zwang zu Wachstum und Naturverbrauch bleibt ebenso bestehen wie die Tendenz zur Ungleichverteilung. Dieses über die Konkurrenz den Einzelkapitalen (seien sie mitbestimmt oder nicht) vermittelte Zwangsgesetz bildet den Kern der Klimakrise.

Pikettys fehlendes Verständnis der Funktionsweise kapitalistischer Systeme mindert den großen Wert des Buches nicht: Hier werden nicht nur die Mythen der neoliberalen ‚Reformagenda‘ an der Wirklichkeit gemessen und als Ausfluss reiner Interessenpolitik der Vermögensbesitzer dargestellt. Vor allem wird deutlich, in welchem Maße der Verzicht von großen Teilen der Linken auf soziale Umverteilungspolitik und die Akzeptanz vermeintlicher wirtschaftlicher ‚Sachzwänge‘ nationalistischen und rassistischen Positionen Tür und Tor öffnet: „Die Verhärtung identitärer Konfliktlinien wird genährt durch das Gefühl, dass eine gerechte Wirtschaftsordnung und wirkliche soziale Gerechtigkeit nicht erreichbar seien. ... Nur die Wiedereröffnung der Debatten über Gerechtigkeit und über die Wirtschaftsordnung wird dazu führen, dass die Frage des Eigentums und der Verteilung wieder in den Vordergrund rückt, vor den Fragen von Grenzen und Identitäten.“ (959)